

per Einschreiben-Rückschein

Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Bundeskanzleramt

10557 B e r l i n

R 07180a Herrn Ripa

13. September 2007

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

beiliegendes Schreiben vom heutigen Tage an Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers nochmals zu Ihrer Information. Auf bisherige Eingaben, die auch Ihnen in Fotokopie übermittelt worden sind, hat Herr Dr. Rüttgers trotz eindringlicher Bitten nicht reagiert. Ich stelle fest, dass die Rechtswidrigkeiten im Fall Firma Döpp, die zweifelsohne die Landesregierung zu vertreten hat, weiterhin rücksichtslos ausgesessen werden sollen. Will die Landesregierung, nur um ihr Fehlverhalten nicht transparent machen zu müssen, noch weitere Existenzen zerstören? Mein Anspruch auf Sachverhaltsaufklärung und Schadensersatzanspruch ist unbestritten.

Unabhängig von meinen Klärungsbemühungen bei der Landesregierung hatte mich das Bundeskanzleramt nach Androhung der Steuerverweigerung am 01. Juli 1993 zu einem persönlichen Gespräch nach Bonn eingeladen. Immerhin waren die Parlamentarischen Staatssekretäre der Bundesregierung, Frau Agnes Hürland-Büning und Herr Manfred Carstens, mitverantwortlich für die von der Landesregierung zu vertretenden Rechtswidrigkeiten. Die Sachverhalte können Sie der Internet-Publikation www.polit-kriminelle.de entnehmen. Die für mich verbindlichen Klärungszusagen des Bundeskanzleramtes verbunden mit der Bestätigung meines Schadensersatzanspruches ersehen Sie u.a. aus dem beiliegenden Schreiben des Geschäftsführers der WBM Mittelstandsberatungsgesellschaft, Herrn Zdarta, der mich nach Bonn begleitet hatte und bereit ist, eine notarielle eidesstattliche Versicherung zu seinen Erklärungen abzugeben.

Im heutigen Schreiben an Herrn Dr. Rüttgers habe ich die Sachverhalte noch einmal transparent gemacht. Fakt: Die ehemalige Parlamentarische Staatssekretärin, Frau Hürland-Büning, bediente sich im Jahre 1986 meines sozialen Engagements zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Nach dem nachgewiesenen eindeutigen Vertragsbruch der Handwerkskammer Münster, die Frau Hürland-

Büning aufgrund persönlicher Interessen unbedingt schützen wollte, veranlasste sie mit ihren politischen Verbindungen die Landesregierung zu widerrechtlichen Maßnahmen gegen die Dorstener Firma Gebr. Döpp, die zur Zerstörung des Unternehmens und zur Vernichtung von 100 Arbeitsplätzen führten. An den Sachverhalten gibt es keinerlei Zweifel. Die widerrechtlichen Vorgänge sind durch Beweismaterial belegt und werden zudem durch Vertreter der an der Arbeitsplatzsicherungsmaßnahme für die Firma Döpp beteiligten örtlichen Behörden bestätigt. Die Landesregierung hat trotz mehrfacher Anmahnungen zu den rechtswidrigen Vorgängen bis heute keine Stellung bezogen.

Obwohl während meiner ununterbrochenen 20-jährigen Bemühungen von höchsten politischen Institutionen der Bundesregierung in der Sache wiederholt verbindliche Klärungszusagen mit der Bestätigung von Schadensersatzansprüchen gemacht wurden, sind diese Versprechungen dennoch immer wieder ausgesessen worden. Im Jahre 2005 wurde mir letztendlich von der seinerzeitigen Landesregierung ein Schadensersatzangebot offeriert. Über dieses Angebot erhielt Herr Alfred Weiß, der Leiter des Wirtschaftsförderungsamtes der Stadt Dorsten, von einem Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums detailliert Kenntnis. Herr Martin Ahlers, WAZ, wurde von Herrn Landtagsabgeordneten Wolfgang Röken darüber informiert, dass das Vergleichsangebot nach der Landtagswahl realisiert würde. Das ist wiederum nicht geschehen.

Es ist schon bedrückend erfahren zu müssen, mit welcher Rücksichtslosigkeit Rechte des einzelnen Bürgers durch politische Institutionen ignoriert werden, wenn es darum geht, politisches Fehlverhalten zu kaschieren. Dem Bundeskanzleramt ist bekannt, dass ich mich im Rahmen meiner Aktivitäten für eine humane Arbeitswelt seit mehr als 30 Jahren selbstlos für die Sicherung gefährdeter Existenzen und Arbeitsplätze verwende. Trotzdem fehlt den politisch Verantwortlichen im Fall Döpp an jeglicher Moral, um Farbe zu bekennen. Ist es nur eine mit selbstverständlicher Leichtfertigkeit praktizierte Unehrllichkeit politischer Verantwortungsträger gegenüber ihren Wählern, oder muss die offensichtlich mit besonderem Stellenwert versehene ehemalige Staatssekretärin aus politischen Erwägungen weiterhin geschützt werden? Sie fordern bei Ihren Auslandsbesuchen die Einhaltung von Menschenrechten. Gibt es diese Rechte auch in Deutschland? Frau Bundeskanzlerin, Sie sind mir eine Antwort schuldig.

Meine Familie ist seit 20 Jahren mit den willkürlichen Vorgängen in Sachen Döpp belastet. Nachdem nunmehr meine persönliche Existenz durch unvermeidbare Zwangsmaßnahmen zerstört werden soll und damit in der Folge auch Arbeitsplätze unserer Sozietät gefährdet sind, kann ich nur noch öffentlichwirksam reagieren, in der Hoffnung, dass die Landesregierung letztendlich doch noch Bereitschaft zeigt, sich des Falles Firma Döpp anzunehmen. Die Landesregierung darf nicht erwarten, mich mit Widerrechtlichkeiten weiterhin erpressen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

(Horst Ripa)

Anlagen